



Auf der turnusmäßigen Delegiertenkonferenz von BDS und BVMU konnte Präsident Thomas Brüggmann den früheren Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz und CDU-Politiker Dr. Hans-Georg Maaßen begrüßen.

Allen Widerständen und Unwägbarkeiten getrotzt

Feuertaufe bestanden: Neuer BDS-/BVMU-Präsident Thomas Brüggmann legt erfolgreichen Geschäftsbericht vor – Gastreferent Dr. Hans-Georg Maaßen begeistert Delegierte: Knallharte Abrechnung mit „Gesinnungsgouvernanten“ und „Meinungsmanipulatoren“.

Die turnusmäßige Delegiertenkonferenz von BDS und BVMU stand am 21. November 2021 ganz im Zeichen des früheren Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz und CDU-Politikers Dr. Hans-Georg Maaßen, der mit einer mitreißenden Rede und einer glasklaren Analyse der politischen Lage seine Zuhörer begeisterte.

Zu Beginn der Veranstaltung oblag es dem amtierenden Präsidenten Thomas Brüggmann, den Rechenschaftsbericht von Vorstand und Geschäftsführung den Delegierten vorzulegen. Zunächst bewertete Brüggmann das Ergebnis der Bundestagswahl aus Sicht des selbstständigen Mittelstandes. Den Niedergang der CDU, der nach seinen Worten einem politischen Erdbeben

gleichkommt, verortet Brüggmann in der Vernachlässigung der Mittelschicht durch die Parteiführung, die nicht erkannt habe, dass die Mittelschicht im deutschen Wählerpotenzial statistisch eine Mehrheit darstellt. So hätten Untersuchungen des Mittelstandsforschers Professor Dr. Eberhard Hamer belegt, dass sowohl der selbstständige als auch der unselbstständige Mittelstand weder mit Geldzuwendungen noch mit Subventionen erreicht werde, sondern ausschließlich mit Vertrauen. So habe der bekannteste Mittelstandspolitiker der CDU, Carsten Linnemann, zwar das Vertrauen des Mittelstandes aber nicht das Vertrauen der Parteifunktionäre genossen. Zu den Fehlentwicklungen der Vergangenheit gehöre auch die Sozialdemokratisierung und Ver-

grünung der CDU in der Ära Merkel sowie nach seiner Analyse auch die komplette Entkernung der Partei, indem die konservative Stammwählerschaft restlos vergrault worden sei, betonte Brüggemann. Deshalb tue sich die Partei auch schwer mit einer Erklärung, wofür sie noch stehe, wenn man einmal von allgemeinen Formulierungen, wie dem christlichen Menschenbild oder der Versöhnung von Ökonomie und Ökologie absehe. Dabei gebe es auf dem angestammten Feld der Union vieles auszuarbeiten und zwar dort, wo man den Kompass verloren habe, unterstrich Brüggemann und nannte als Beispiel eine sozial abgefederte Wirtschaftspolitik, die Euro-Rettungspolitik, das Thema Migration und die Familienpolitik. In der Großen Koalition habe die Union vieles mitgemacht, was nach ihren eigenen Grundsätzen normalerweise nicht zu vertreten gewesen wäre: flächendeckender Mindestlohn, Rente mit 67, schleichende Entkopplung der Rentenhöhe von der Beitragsleistung, Grundrente ohne Vermögensprüfung, Mietpreisbremse und Frauenquote in Vorständen und Aufsichtsräten.

Einstieg in die Schuldenunion

In der Euro-Krise habe die Union ebenfalls viele ihrer eigenen Grundsätze geopfert, betonte Brüggemann. Der Corona-Aufbau-Fond der EU sei der Einstieg in die Schuldenunion gewesen und Merksels Politik der offenen Grenzen im Sommer 2015 ein regelrechtes Konjunkturprogramm für die AfD.

Dagegen sei es den Sozialdemokraten im Bundestagswahlkampf gelungen, sich mit Olaf Scholz als Kanzlerkandidaten einen Anstrich zu geben, der die SPD als Partei der Mitte ausgewiesen habe. Tatsächlich seien aber die Schnittmengen der SPD mit der Linkspartei größer als mit jeder anderen Partei, zeigte sich Brüggemann überzeugt. Dies gelte vor allem in der Sozialpolitik, der Steuerpolitik und der Wirtschaftspolitik.

Ob die FDP in einer Ampel-Koalition ein weiteres Verschieben der politischen Koordinaten nach links wirklich verhindern könne, sei für ihn mit einem Fragezeichen zu versehen. Allerdings, so Thomas Brüggemann wörtlich, „werden wir unsere guten und vertrauensvollen Kontakte zu Christian Lindner nutzen, um unsere Positionen in die Regierungsarbeit einzubringen“.

Umfangreiche Informationskampagne

Im weiteren Verlauf seines Berichtes konnte Brüggemann auf die Informationskampagne verweisen, in der die BDS- und BVMU-Mitglieder in mehr als 30 umfangreichen E-Mail-Paketen über die Hilfsprogramme der Bundesregierung anlässlich der Corona-Krise in Kenntnis gesetzt wurden. Diese Informationen gaben Auskunft über Programme zur Liquiditätssicherung, unterrichteten über den Bezug von Kurzarbeitergeld und benannten alle relevanten Kontaktadressen.

Einen breiten Raum des Geschäftsberichtes nahm die Haltung des Verbandes zum Thema



Zu Beginn der Konferenz legte der amtierende BDS-/BVMU-Präsident Thomas Brüggemann den Delegierten den Rechenschaftsbericht von Vorstand und Geschäftsführung vor.

„Wer heute 1,6fache des Durchschnittsgehaltes verdient, muss bereits den Spitzensteuersatz zahlen. 1960 war es noch das 18fache des Durchschnittsgehaltes. Deshalb haben BDS und BVMU ihre Gesprächspartner regelmäßig aufgefordert, die Steuertarife an die allgemeine Lohn- und Gehaltsentwicklung anzupassen.“

(Thomas Brüggmann)

Steuern und Abgaben ein. Brüggmann verwies auf Untersuchungen, nach denen der Anteil von Steuern und Sozialabgaben an den Arbeitskosten für einen alleinstehenden Durchschnittsverdiener im Jahr 2017 im OECD-Schnitt bei 35,9 Prozent lag, in Deutschland aber bei 49,7 Prozent. Damit liege Deutschland im Ranking neben Belgien am Ende der Skala. Zudem fielen immer mehr Menschen in Deutschland unter den Spitzensteuersatz, unterstrich Brüggmann. Wer heute 1,6fache des Durchschnittsgehaltes verdiene, müsse bereits den Spitzensteuersatz zahlen. 1960 sei es noch das 18fache des Durchschnittsgehaltes gewesen, erläuterte der BDS-Präsident. Deshalb hätten BDS und BVMU ihre Gesprächspartner regelmäßig aufgefordert, die Steuertarife an die allgemeine Lohn- und Gehaltsentwicklung anzupassen, um ständigen Steuererhöhungen im Rahmen der sogenannten „kalten Progression“ zu begegnen. Brüggmanns Begründung: „Bei der Anpassung der Renten werde schließlich auch die allgemeine Lohn- und Gehaltsentwicklung zugrunde gelegt. Warum also nicht auch beim Steuertarif?“

Weiterhin sei bei den politischen Gesprächen durch den Verband gefordert worden, bei der Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro auch die Grenze für geringfügige Beschäftigung zu erhöhen, weil sich bei einer Anhebung des Mindeststundenlohns die möglich zu leistende Stundenzahl verringere, was innerhalb vieler Betriebe zu Schwierigkeiten bei den Arbeitszeitabläufen führe, begründete Brüggmann die Haltung von BDS und BVMU.

Appell für freie Rede und Informationsgewinnung

Mit deutlichen Worten warnte Thomas Brüggmann im zweiten Teil seiner Ausführungen vor einer Verengung des Meinungskorridors, weil nach Auffassung beider Verbände sich seit einigen Jahren

ein Ungeist breitgemacht habe, der das freie Denken und Sprechen in den Würgegriff nehme und die Grundlagen des freien Austauschs von Ideen und Argumenten untergrabe. So würden Personen des öffentlichen und kulturellen Lebens stumm geschaltet und stigmatisiert, wenn sie es wagten, entgegen dem allgemeinen Mainstream zu argumentieren. Die gezielte Verunglimpfung von Intellektuellen, Künstlern, Autoren und jedem, und hierzu zählt nach Brüggmanns Worten auch der BDS, der von der aktuell herrschenden Meinung abweiche, sei eine inakzeptable Anmaßung. Für ihn und seine Mitstreiter seien freie Rede und freie Informationsgewinnung Rechte und keinesfalls Privilegien, die von dominierenden Gesinnungsgemeinschaften an Gesinnungsgleiche verliehen und missliebigen Personen entzogen werden könnten, so Brüggmanns Philippika. Dies sei auch der Grund dafür, eine Initiative zu unterstützen, die unter Mitwirkung des Vereins Deutsche Sprache initiiert wurde und die Überschrift „Appell für freie Debattenräume“ trägt.

Hochkarätige Gesprächspartner

Die von ihm vorgetragene Sachverhalte seien mit folgenden Persönlichkeiten diskutiert und erläutert worden, zählte Brüggmann auf: Klaus-Peter Willsch, MdB (CDU-Finanzexperte), Axel Fischer, MdB (CDU-Haushaltsexperte), Harald Christ (FDP-Bundesschatzmeister), Carl-Julius Cronenberg, MdB (FDP-Sozialpolitiker), Veronika Bellmann, MdB (CDU), Sylvia Pantel, MdB (CDU), Hans-Jürgen Irmer, MdB (CDU), Dr. Hans-Georg Maaßen (Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz a.D.), Professor Fritz Vahrenholt (SPD-Umweltsenator der Freien und Hansestadt Hamburg sowie Buchautor), Arnold Vaatz, MdB (stellvertretender CDU-Fraktionsvorsitzender und Bürgerrechtler), Dr. Gerhard Papke (NRW-

Thomas Brüggmann dankte den „guten Seelen des Verbandes“ (v. li.): Angelika Alexiou, Janina Schäfer und Rita Seiler.



Landtagsvizepräsident a.D. und Präsident der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft), Professor Dr. Walter Krämer (Lehrstuhl für Statistik an der Universität Dortmund und Vorsitzender des Vereins Deutsche Sprache), Dr. Christean Wagner (Vorsitzender der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag a.D.) und Dr. Hugo Müller-Vogg (Fernseh- und Print-Journalist).

Zum Abschluss seines Berichtes erinnerte Thomas Brüggmann an die BDS- und BVMU-Philosophie, Mittelstandspolitik als klassische Gesellschaftspolitik zu begreifen und deshalb für eine technologieoffene, vorurteilsfreie und ergebnisoffene Debatte zu kämpfen und zu streiten.

Zum Ende seiner immer wieder von Beifall unterbrochenen und bedachten Rede bedankte sich Thomas Brüggmann bei seinen Mitstreitern im Vorstand: „Weil Menschlichkeit und fairer Umgang untereinander für dieses Gremium kein Buch mit sieben Siegeln ist“. Sein ausdrücklicher Dank gelte seiner Vizepräsidentin Monika Panzer, die auch das Amt der Bundesschatzmeisterin wahrnehme, und weiterhin Annette Adams, weil sie zusätzlich zu ihrer Vorstandsarbeit noch den Grundsatzausschuss leite, hob Brüggmann das Engagement seiner beiden Vizepräsidentinnen hervor. Weiterhin gelte sein Dank den fleißigen Mitarbeitern der Geschäftsstelle Angelika Alexiou, Janina Schäfer und Rita Seiler, „weil sie die guten Seelen des Verbandes sind“, unterstrich Thomas Brüggmann sein Lob.

Solide Finanzpolitik

Für den erkrankten Wolfgang Dohm legte Annette Adams im Anschluss an den Rechenschaftsbericht des Vorstands den Bericht des Schatzmeisters vor. Adams betonte, dass es gegenüber der Haushaltsplanung keine Überschreitungen gegeben habe und lobte ausdrücklich die konservative Finanzpolitik der Geschäftsführung. Dies wurde dann auch durch die Kassenprüfer bestätigt, deren Bericht durch Wolfgang Reschke vorgetragen wurde. Die Kassenprüfer empfahlen, Vorstand und Geschäftsführung Entlastung zu erteilen, was dann auch durch die Delegierten einstimmig erfolgte.

Die anschließenden Ergänzungswahlen zum Vorstand beziehungsweise zum Präsidium von BDS und BVMU ergaben folgendes Ergebnis:

Vizepräsidentin: Annette Adams
 Vizepräsidentin: Monika Panzer
 Beisitzer: Katja Beralli-Tempel
 Beisitzer: Erika Schröder
 Beisitzer: Anita Schäfer
 Beisitzer: Paulo Alves
 Beisitzer: Jan Timke
 Kassenprüfer: Dennis Read
 Vorsitzender des Ehrengerichts: RA Werner Erhardt.



Annette Adams legte den Bericht des Schatzmeisters vor und lobte ausdrücklich die solide und konservative Finanzpolitik der Geschäftsführung.



Rechtsanwalt Werner Ehrhardt wurde einstimmig zum Vorsitzenden des Ehrengerichts gewählt.



Joachim Schäfer leitete die Ergänzungswahlen zum Vorstand bzw. zum Präsidium von BDS und BVMU.

Der frühere Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz und CDU-Politiker Dr. Hans-Georg Maaßen begeisterte mit einer mitreißenden Rede und einer glasklaren Analyse der politischen Lage sowohl zahlreiche Ehrengäste als auch die Delegierten von BDS und BVMU.



Dr. Hans-Georg Maaßen: „Ich habe nach dem Grundgesetz das Recht, politisch unkorrekt zu sein“

Hauptgeschäftsführer Joachim Schäfer rief zur Einstimmung in das Referat von Hans-Georg Maaßen noch einmal die beispiellose Schmutz- und Hetzkampagne gegen den CDU-Politiker in Erinnerung.



Höhepunkt der Delegiertenkonferenz war die Rede des früheren Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Dr. Hans-Georg Maaßen, der sich inzwischen in der CDU engagiert, allerdings bei der Bundestagswahl – bedingt unter anderem durch eine üble Schmutz- und Hetzkampagne – seinem Mitbewerber von der SPD unterlegen war.

Namhafte Ehrengäste

Hauptgeschäftsführer Joachim Schäfer konnte vor seinem Eingangsstatement, in dem er den Delegierten zur Einstimmung einen kurzen Abriss sowohl über den beruflichen als auch über den politischen Lebensweg Hans-Georg Maaßens gab, namhafte Ehrengäste begrüßen, die zum Teil trotz weiter Anreise dem Auftritt von Hans-Georg



Joachim Schäfer konnte als Ehrengäste begrüßen:

**Sylvia Pantel
und
Hans-Jürgen Irmer**



**Prof. Fritz Vahrenholt
und
Dr. Gerhard Papke**



**Dr. Nicolaus Fest
und
Klaus Kelle**

Maaßen beiwohnen wollten: so die langjährige Bundestagsabgeordnete Sylvia Pantel mit Gatten, die Leiterin der Rentenversicherungsprüfstelle Bund, Ulrike Strobel, den langjährigen Bundestagsabgeordneten Hans-Jürgen Irmer mit Gattin, Hamburgs früheren Umweltsenator Professor Fritz Vahrenholt mit Gattin, den Europa-Abgeordneten Dr. Nicolaus Fest, den früheren NRW-Landtagsvizepräsidenten und jetzigen Präsidenten der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft Dr. Gerhard Papke, den Vorsitzenden der WerteUnion Unna-Hamm, Oberstleutnant Dr. Jan Hoffmann sowie den investigativen Top-Journalisten Klaus Kelle.

Antifa-Video als angeblicher Beweis

Schäfer rief zunächst den Gästen und Delegierten noch einmal ins Gedächtnis, warum Hans-Georg Maaßens Karriere als Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz abrupt endete. Seinerzeit hatte Maaßen nach den Ausschreitungen von Chemnitz der Bundeskanzlerin in einem Interview

mit der *Bild*-Zeitung dahingehend widersprochen, dass es nach seinen Erkenntnissen nicht zu „Hetzjagden“ auf ausländisch aussehende Menschen gekommen sei, weil die Authentizität eines im Internet verbreiteten Videos, das eine solche angebliche Hetzjagd zeigte und auf das die Bundeskanzlerin Bezug genommen hatte, von der als linksextremistisch eingestuften Antifa ins Netz gestellt worden sei. Obwohl auch die Generalstaatsanwaltschaft Dresden Medienberichten zufolge bestätigte, dass ihr keine Belege für Hetzjagden vorlägen, seien Maaßens Äußerungen auf scharfe Kritik führender Politiker von SPD, Linken und Bündnisgrünen gestoßen, präzisierte Schäfer die damalige Sachlage. Zunächst sei aber durch die Regierungskoalition geplant gewesen, Maaßen nur als BfV-Präsidenten abzusetzen, ihm aber gleichzeitig eine Verwendung als Staatssekretär im Innenministerium zu ermöglichen, wusste Schäfer zu berichten. Nachdem im Intranet des BfV Maaßens Abschiedsrede vor



„Der Grundsatz, wer etwas behauptet, müsse es beweisen, ist hinsichtlich meiner Person mit Füßen getreten worden, weil man von mir verlangt hat, einen Negativbeweis zu erbringen. Damit ist es bei mir zu einer Umkehr der Beweislast gekommen.“

(Hans-Georg Maaßen)

europäischen Vertretern der Inlands-Nachrichtendienste veröffentlicht wurde, in der er seine Wortwahl zu den Ausschreitungen in Chemnitz erneut verteidigte und von einer neuen Qualität der Falschberichterstattung in Deutschland gesprochen habe, hätte sich Bundesinnenminister Horst Seehofer auf Druck aus den eigenen Reihen und des Koalitionspartners SPD genötigt gesehen, den Bundespräsidenten zu bitten, Maaßen mit sofortiger Wirkung in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen, schilderte Schäfer die damalige Situation und den weiteren Ablauf der Geschehnisse, nachdem die CDU in Süd-Thüringen Maaßen für die Bundestagswahl als Direkt-Kandidaten nominierte und sich danach innerparteiliche Gegner zu einem breit angelegten Anti-Maaßen-Bündnis formierten. Namentlich nannte Schäfer als lautstarke Wortführer den früheren Generalsekretär Polenz, den Ostbeauftragten der Bundesregierung, den CDU-Abgeordneten Wandlitz sowie Karin Priem, ihres Zeichens Kultusministerin des Landes Schleswig-Holstein und Mitglied im CDU-Bundesvorstand, die in einer Fernsehsendung öffentlich dazu aufrief, Maaßens Konkurrenten Franz Ulrich von der SPD zu wählen.

Signal für Meinungsfreiheit und Vielfalt

Im Zuge der Anti-Maaßen-Kampagne sei auch, so Schäfer weiter, der hochgeschätzte CDU-Politiker Wolfgang Bosbach unter die Räder gekommen, über den ein Shitstorm hereingebrochen sei, mit dem Ergebnis, dass Bosbach nach eigener Aussage künftig keinen Wahlkampf mehr für die CDU bestreiten wird.

Da Hans-Georg Maaßen aber auf dem CDU-Landesparteitag in Suhl klargemacht habe, dass er nicht daran denke, die Flinte ins Korn zu werfen und er dafür kämpfen wolle, dass es ein „Weiter so“ nicht geben dürfe, sei es für BDS und BVMU die logische Konsequenz gewesen, Hans-Georg Maaßen zu bitten, auf der Delegiertenkonferenz zu den langfristigen Folgen der gegenwer-

tigen Politik Stellung zu nehmen und um gleichzeitig ein deutliches Signal für Meinungsfreiheit und Vielfalt zu setzen, begründete Joachim Schäfer die Intentionen des Verbandes.

Bevölkerung wurde „hinter die Fichte geführt“

Hans-Georg Maaßen griff Joachim Schäfers Ball auf und machte noch einmal deutlich, dass es bis heute keine Belege dafür gäbe, dass es zu Hetzjagden gekommen sei. Der Grundsatz, wer etwas behauptet, müsse es beweisen, sei hinsichtlich seiner Person mit Füßen getreten worden, weil man von ihm verlangt habe, einen Negativbeweis zu erbringen. Damit sei es bei ihm zu einer Umkehr der Beweislast gekommen, beklagte Maaßen „rechtsstaatliches Fehlverhalten“. Mit einem Antifa-Video sei die Bevölkerung „hinter die Fichte geführt worden“ und die Behauptungen von Spitzenpolitikern, es habe Hetzjagden gegeben, seien schlichtweg erlogen, fand Maaßen deutliche Worte.

Unbegrenzte und ungesteuerte Zuwanderung

Das Thema Zuwanderung fand ebenfalls ausgiebige Würdigung in Maaßens Ausführungen. Was er wahrnehme, sei keine Zuwanderung, wie es im Gesetz vorgegeben sei, nämlich Begrenzung und Steuerung, sondern eine unbegrenzte und ungesteuerte Zuwanderung. Man könne nicht einfach unkontrolliert Menschen ins Land lassen, so Maaßens Kritik, die keine Pässe hätten, allerdings alle über ein modernes Smartphone verfügten. Täglich kämen hunderte von jungen Leuten nach Deutschland, ohne dass sie im Grunde das Recht auf Asyl in Anspruch nehmen könnten, vor allen Dingen dann, wenn sie über sichere Drittstaaten kämen. Maaßen berichtete in diesem Zusammenhang über seine frühere Tätigkeit im Bundesinnenministerium, in dem er in leitender Position gemeinsam mit dem damaligen SPD-Bundesinnenminister Otto Schily an einer Reform des Ausländerrechts gearbeitet habe. Nach Schilys und seinen Vorstellungen war geplant, dass

*Text: Anita Schäfer
Fotos: Dennis Read,
Janina Schäfer*

Asylbewerber, die in Deutschland Asyl beantragen wollen, ihr Asylverfahren nicht in Deutschland, sondern in einem anderen sicheren Staat erhalten, der von Deutschland dafür finanziell unterstützt worden wäre. Es seien dazu damals bereits konkrete Verhandlungen mit Ghana geführt worden. Dieser Plan sei allerdings gescheitert, weil er auf Widerstand stieß und deshalb politisch nicht durchzusetzen war, wusste Maaßen zu berichten. Ebenfalls habe er seinerzeit das Aufenthaltsgesetz gemeinsam mit Otto Schily reformieren wollen. Nach seinerzeitiger Vorstellung sollte der Tatbestand der Duldung komplett abgeschafft werden, weil Duldung keinen Aufenthaltstitel darstellt. Auch diesen Plan habe man nicht durchsetzen können, weil es an Konsequenz gefehlt habe, einen Personenkreis abzuschieben, der keinen festen Aufenthaltsstatus gehabt habe.

Diskreditieren, diffamieren und ausgrenzen

Mit deutlichen Worten beklagte Maaßen die Einschränkung des „Meinungskorridors“ in Deutschland und nahm Stellung zu seiner Kritik gegenüber den etablierten Medien. Er hänge als Jurist, so Maaßen weiter, der Vorstellung an, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk den Auftrag habe, in aller Breite zu informieren und wahrheitsgemäß zu berichten. Wie er derzeit sehe, sei das nicht mehr der Fall. Öffentlich-rechtliche Medien hätten nach ihrem Auftrag breit zu berichten – und vor allem wahrheitsgemäß. Nur so werde der Zuhörer oder Zuschauer nicht manipuliert und fehlgeleitet. Vielfach erinnere ihn die Art des Umgangs mit unangenehmen und politisch unkorrekten Meinungen in Deutschland an Methoden der früheren Staatssicherheit der DDR. Maaßen wörtlich: „Diskreditieren, diffamieren und ausgrenzen der Kritiker, dann wird nicht mehr über die Probleme gesprochen.“

Politische Korrektheit – von Menschen formuliert

Einen weiteren Schwerpunkt in Maaßens Vortrag bildete die Corona-Politik der Bundesregierung. Hier bemängelte Maaßen unter starkem Beifall, dass für die Regierung die Inzidenzwerte der entscheidende Faktor seien, man aber andere Auswirkungen auf die Gesellschaft nicht berücksichtige. Und weiter: „Unsere Politiker sind unfähig, einen funktionierenden Flughafen zu bauen, aber sie wollen das Weltklima retten...“ Wer diese seine Aussagen als politisch inkorrekt werte, dem könne er nur sagen, dass er nach dem Grundgesetz das Recht habe, politisch unkorrekt zu sein. Und das nehme er für sich in Anspruch, unterstrich Maaßen, weil politische Korrektheit ein ethisches oder moralisches Argument sei, das Menschen selbst formuliert hätten. O-Ton Maaßen: „Deshalb lasse ich mir von niemandem meine Meinungsfreiheit durch die Moral eines anderen einschränken.“

Die freiheitlich-demokratische Grundordnung und der gesellschaftliche Frieden werden nach Maaßens Analyse durch den islamischen Terrorismus, den Rechtsextremismus und zunehmend durch den Linksextremismus gefährdet. Vor allem der islamische Terrorismus führe in Deutschland zu politischen Verwerfungen und vielfach zu Parallelgesellschaften. Die Zahl der Rechtsextremisten ist nach Maaßens Erkenntnis in den letzten Jahren, in Verbindung mit einer starken Zunahme der Aggressivität, wieder gestiegen. Der Linksextremismus zeige sich ebenfalls überaus gewalttätig, sagte Maaßen mit Blick auf Leipzig-Connewitz und auf den G20-Gipfel in Hamburg. Weiterhin sehe er Cyber-Angriffe, Spionage- und Sabotage-Angriffe als ein Riesenproblem – gerade mit Blick auf die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands.

„Für die CDU ist noch viel Luft nach unten“

Zum Abschluss seiner Rede beschäftigte sich Maaßen mit der CDU, seiner eigenen Partei. Er begrüße ausdrücklich, dass nun „endlich ein Mitgliederentscheid“ komme, der den zukünftigen Vorsitzenden und damit auch die zukünftige Richtung bestimme. Eine Partei, deren Richtung nicht klar erkennbar sei und die nicht glaubhaft rote Linien markiere, sei überflüssig, betonte Maaßen. In diesem Zusammenhang berichtete er von seinen Erfahrungen beim Straßenwahlkampf in seinem Bundestagswahlkreis in Süd-Thüringen. Die Leute hätten ihm gesagt: „Wir haben doch nicht die CDU gewählt, um Bodo Ramelow im Amt zu halten.“ Ramelow sei in der alten Bundesrepublik ein DKP-Aktivist gewesen, der selbst im Visier der Sicherheitsbehörden gestanden habe. Und heute sei er Ministerpräsident – dank CDU. Maaßens überdeutliches Resümee: „Für die CDU ist noch viel Luft nach unten.“ ■



*Engagierter
Debattenredner:
Oberstleutnant
Dr. Jan Hoffmann.*

*Joachim Schäfer
überreicht
Hans-Georg Maaßen
als Dank für ein
spannendes und
informatives Referat
eine antike französische
Pendule.*





Impressionen



